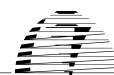




Bundestags- brief

Nr.30 • Die Woche im Bundestag • 18.01.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

2008 muss ein Jahr des Erfolgs werden

Die ersten zwei Jahre der unionsgeführten Bundesregierung waren erfolgreich. Gemeinsam haben wir unser Land vorangebracht. Wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Trotz des Wahlkampfgetöses und mancher nichtakzeptabler Äußerungen unseres Koalitionspartners bin ich sicher, dass die Große Koalition die vor ihr liegenden zahlreichen wichtigen Vorhaben schultern wird. Genau dies erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns. Wir müssen eine Politik für mehr Arbeit, mehr Netto und mehr Sicherheit machen. Dazu gehört die Reform der Erbschaftsteuer, bei der wir darauf achten werden, Unternehmensnachfolgen nicht zu gefährden. Mit der Reform der Pflegeversicherung stellen wir die Finanzierung der Sozialen Pflegeversicherung für die kommenden 15 Jahre sicher und helfen zudem altersverwirrten Menschen, die nun erstmals Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen können. Wir arbeiten konsequent an der Konsolidierung des Haushalts. Wir halten an unserem Ziel eines ausgeglichenen Etats spätestens bis 2011 fest, um künftige Generationen nicht übermäßig zu belasten. Gleichzeitig behalten wir auch die Belastungen der heutigen Steuer- und Beitragszahler im Auge. Um Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, werden wir die Lohnnebenkosten weiter senken, wenn die Spielräume dafür da sind. Mit der Eigenheimrente geben wir ihnen die Möglichkeit, den Erwerb einer eigenen Immobilie als Mittel der Alterssicherung staatlich fördern zu lassen. Das neue Jahr bringt viele neue Herausforderungen, denen wir uns stellen werden. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben eine gute Regierung verdient. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt sich dieser Aufgabe.

Bekämpfung von Jugendkriminalität:

Besonnen diskutieren, entschlossen handeln:

Die schrecklichen Vorfälle in der Münchener U-Bahn sowie andere brutale Übergriffe jugendli-

cher Gewalttäter gegen friedliche Mitbürger in den vergangenen Wochen haben uns alle aufgeschreckt. CDU und CSU hatten schon lange auf dieses massive Problem hingewiesen und Lösungen vorgeschlagen. Bisher sind alle Vorschläge von der SPD blockiert worden. So ist eine von den unionsregierten Ländern bereits 2003 eingebrachte Bundesratsinitiative am Widerstand der SPD gescheitert. Auch heute reden die Sozialdemokraten dieses Problem klein. Wer behauptet, die Union habe das Thema Jugendgewalt zu Wahlkampfzwecken erfunden, nimmt die berechtigten Sorgen der Bevölkerung nicht ernst. Es ist unerträglich und einer demokratischen Kultur unangemessen, wenn jeder Politiker, der die Augen nicht vor der zunehmenden Gewaltkriminalität verschließt, in die Nähe des Rechtsradikalismus gestellt oder sogar offen mit der NPD verglichen wird.

Dagegen haben CDU und CSU entschlossen gehandelt und in Wiesbaden und Wildbad Kreuth umfassende Strategiepapiere zur Bekämpfung der Jugendkriminalität vorgelegt. Wichtigstes Ziel muss dabei die verbesserte Integration junger Migranten sein. Hierbei sind wir mit dem Integrationsgipfel und dem Nationalen Integrationsplan auf dem richtigen Weg. Daneben kommt aber auch der konsequenten und harten Bestrafung der Täter eine entscheidende Rolle zu. Gerade jugendlichen Kriminellen muss mit einem deutlichen Warnschuss vor den Bug der Weg zurück auf die rechte Bahn gezeigt werden. Statt Kuschelpädagogik brauchen wir eine sinnvolle Kombination von harten Strafen und wirkungsvollen Resozialisierungsprogrammen. Die SPD verweigert sich jedoch den notwendigen Veränderungen und hat ein Gespräch über gesetzliche Änderungen grundsätzlich abgelehnt. Wir aber bleiben bei unserer Position und werden auch nach den Wahlen gegenüber der SPD weiter auf entsprechende Änderungen drängen. Nach der Diskussion über

die Online-Durchsuchung zeigt sich erneut, dass der Union zu Recht die Kompetenz bei der Inneren Sicherheit zugeschrieben wird.

Talente fördern, Bildungsstandort Deutschland weiter verbessern:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Gut ausgebildete Menschen sind die beste Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft und die demographische Entwicklung. Bildung ist zudem die wichtigste Voraussetzung für den persönlichen Aufstieg und die nachhaltigste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und beruflichen Misserfolg. Deswegen müssen wir sicherstellen, dass jeder die bestmögliche Förderung erhält und die Chancengerechtigkeit gewahrt bleibt. Aus diesem Grund begrüßt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass Bundesbildungsministerin Annette Schavan das Thema Bildung in seiner ganzen Bandbreite auf die Tagesordnung gesetzt hat: Von der frühkindlichen Bildung bis zum lebensbegleitenden Lernen werden wir uns in Zusammenarbeit mit den Ländern um eine Verbesserung der Bildungsangebote bemühen. Wir finden uns nicht damit ab, dass Jahr für Jahr 80.000 Jugendliche ohne Abschluss die Schulen verlassen. Mit dem Ausbildungsbonus helfen wir Unternehmen, Ausbildungsplätze für bislang schwer vermittelbare Jugendliche anzubieten. Wichtig ist uns vor allem, die Durchlässigkeit der Bildungssysteme zu erhöhen, um die individuellen Chancen zu verbessern. Kein Bildungsgang darf eine Sackgasse sein.

Kluge Politik wird belohnt - Vorsicht 2008

Um den ausgeglichenen Bundeshaushalt spätestens 2011 zu erreichen, müssen die Anstrengungen verstärkt werden

Doppelerfolg im Haushaltsjahr 2007: Überschuss im Staatshaushalt und geringere Neuverschuldung des Bundes – aber wir dürfen uns nicht besoffen reden. Trotz des abgeschwächten Wirtschaftswachstums ist mit der tatsächlichen Nettokreditaufnahme des Bundes in 2007 von 14,3 Mrd. € eine Punktlandung gelungen. Damit hat sich die mit dem Nachtragshaushalt 2007 vorgenommenen Absenkung der Neuverschuldung um insgesamt jetzt 5,3 Mrd. € gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung von 19,6 Mrd. € erfolgreich bestätigt. Der Bundeshaushalt hat dadurch einen wesentlichen Beitrag geleistet zu dem historischen Ereignis eines Überschusses im Staatshaushalt 2007. Dies ist ein beachtlicher

Erfolg der unionsgeführten Koalition, an dem noch unter Rot-Grün keiner zu glauben wagte. 2008 wird jedoch schwieriger als 2007. Das Wachstum schwächt sich ab; die Risiken und Wünsche nehmen zu. Um den ausgeglichenen Bundeshaushalt spätestens 2011 zu erreichen, müssen die Anstrengungen verstärkt werden. Hilfspakete für die Konjunktur sind aber jetzt der falsche Weg. Der Konsolidierungskurs geht vor – es muss hier auch verstärkt die Ausgabenseite in den Blick genommen werden. Angebotsorientierte Reformen auf dem Arbeitsmarkt sind zum Beispiel notwendig, denn dieser ist nach wie vor das größte Ausgabenrisiko.

Nach Studien des Robert-Koch-Instituts sind in Deutschland 50% der Frauen und 67% der Männer übergewichtig. Zudem gibt es immer mehr übergewichtige Kinder und Jugendliche sowie besorgniserregende Berichte über körperliche Auswirkungen von Bewegungsmangel. Selbst einfache Bewegungsabläufe können von zahlreichen Kindern bei Einschulungstests nicht mehr ausgeführt werden. Mangelnde Bewegung und Fehlernährung gelten als gesicherte Risikofaktoren und verursachen nach den Stoffwechselerkrankungen die höchsten Kosten im Gesundheitswesen. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD **Sport und Bewegung in Deutschland umfassend fördern – Bewusstsein für gesunde Lebensweise stärken** fordern wir die Bundesregierung auf, Maßnahmen für Sport und Bewegung als lohnende und unerlässliche Investition in die Zukunft zu stärken.

Zu guter Letzt:

Mein Tipp der Woche - sehenswert

Der Name Heinrich Zille ist untrennbar mit der Stadt Berlin verbunden. Mit seinen Zeichnungen erreichte der Bildchronist des „Milljöh“ sowohl das gehobene Bildungsbürgertum als auch das „normale Volk“, das ihm als dankbares Sujet diente. Anlässlich seines 150. Geburtstages zeigt die Akademie der Künste in Zusammenarbeit mit der Stiftung Stadtmuseum Berlin die Ausstellung „Kinder der Straße“. Der Titel ist Zilles erster Buchveröffentlichung entliehen, die 1908 erschien.

Die Ausstellung bringt erstmals das zeichnerische und grafische mit dem fotografischen Werk in einen Zusammenhang. Am Pariser Platz sind die Fotografien – vor allem in Abzügen des Künstlers Thomas Struth – und bis 1914 entstandene Blätter zu sehen.

Der Besuch der Ausstellung lohnt sich.